

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Nicht kleckern, sondern klotzen: Lehrer-Tarifvertrag für Sachsen statt nebulöser befristeter Verbeamtungsversprechungen für „Neulehrer“!

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird mit aller Eindringlichkeit aufgefordert,
in Ausübung seiner Richtlinienkompetenz gemäß Artikel 63 Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen

- unter klarer Zurückweisung des mit dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung unvereinbaren Verlangens der CDU-Fraktion vom 6. Dezember 2017 an die Staatsregierung, bis zum 31. Januar 2018 einen Vorschlag zur befristeten Verbeamtung von neu einzustellenden Lehrerinnen und Lehrern zu erarbeiten und diesen ausschließlich den Regierungsfractionen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen -

1. unverzüglich mit den Vertreterinnen und Vertretern der GEW-Sachsen auf der Grundlage des Vorschlages vom 24. November 2017 in Gespräche über den Abschluss eines Lehrer-Tarifvertrages für Sachsen einzutreten, mit dem bundesweit attraktive und zukunftsfeste Beschäftigungsbedingungen, Vergütungs-, Altersteilzeit- und Altersvorsorgemodelle für alle Lehrerinnen und Lehrer (insbesondere auch die erforderlichen Grundlagen für eine höhere Eingruppierung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern auf dem Niveau der Entgeltstufe E 13) geschaffen werden und
2. dafür zu sorgen, dass die zur Umsetzung eines solchen Lehrer-Tarifvertrages für Sachsen erforderlichen finanziellen Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung stehen.

Dresden, den 14. Dezember 2017

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Der sich weiter zuspitzende Mangel an Lehrkräften in Sachsen ist nicht das Ergebnis versäumter Verbeamtung, sondern einer jahrelang versäumten Personalplanung in Verantwortung des CDU-geführten Kultus- und Finanzministeriums.

Jetzt, da auch Bundesländer mit Beamtenstatus der Lehrerinnen und Lehrer wachsende Nachwuchsprobleme haben, wäre dieses Instrument ebenso verfehlt wie verspätet.

Die Fraktion DIE LINKE nimmt natürlich zur Kenntnis, dass in Zeiten sozialer Verunsicherung die Verbeamtung aus Sicht nicht weniger junger Menschen eine attraktive Perspektive darstellt. Sie würde allerdings neue Ungerechtigkeit in den Kollegien der Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Zum einen, weil rund drei Viertel der im Lehramt beschäftigten Menschen an öffentlichen Schulen in Sachsen aus rechtlichen Gründen gar nicht in den Genuss des Beamtenverhältnisses kommen würden. Zum anderen, weil es ja auch weitere Bereiche der Daseinsvorsorge gibt, wo ebenfalls gravierender Personalmangel herrscht und trotzdem niemand auf die Idee kommt, etwa Pflegekräfte zu verbeamten.

Die Fraktion DIE LINKE sieht den Landtag angesichts der bestehenden weitreichenden Problemlagen im Schulbereich in der unmittelbaren Verantwortung, sich für eine ebenso selbstbewusste wie gut bezahlte Lehrerschaft in Sachsen einzusetzen und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu setzen.

Der Freistaat Sachsen hat bei der Wahrnehmung seiner Fürsorgepflicht für die Lehrerinnen und Lehrer noch riesige Reserven, die es jetzt auszuschöpfen gilt. Dazu gehören ebenso ein Ausgleich bestehender Vergütungs-Ungerechtigkeiten und mehr Entgegenkommen beim gewünschten Einsatzort. Darüber hinaus müssen das Kultusministerium und die Sächsische Bildungsagentur ein völlig neues Rollenverständnis entwickeln: vom Vormund der Schulen und ihres Personals hin zu einem begleitenden Service.

Angesichts des jüngsten verfassungsrechtlich sehr zweifelhaften Verlangens der CDU-Fraktion vom 6. Januar 2017: „Die Staatsregierung ist aufgefordert, den Koalitionsfraktionen bis zum 31. Januar 2018 einen rechtlich und inhaltlich abgestimmten Vorschlag als abschließende Beschlussgrundlage vorzulegen.“, mit dem eine „befristeten Verbeamtung von Neulehrern“ geprüft werden soll, ist es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE höchste Zeit, umgehend mit der GEW-Sachsen in die von der Gewerkschaft bereits im November diesen Jahres angebotenen Verhandlungen über einen eigenen sächsischen Lehrer-Tarifvertrag einzutreten, der den Lehrkräften jeden Alters und an allen Schulen ebenso gerecht wird wie den am Beruf der Lehrerin oder des Lehrers interessierten jungen Leuten.